

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	29.08.2022

Bürgerbeteiligung zu einer möglichen Umgestaltung der Vorgebirgsstraße in Zollstock

Am 20.06.2022 fand eine öffentliche Informationsveranstaltung zur möglichen Umgestaltung der Vorgebirgsstraße in Zollstock in der Europaschule am Raderthalgürtel statt, zu der das Bürgeramt Rodenkirchen im Auftrag der Bezirksvertretung Rodenkirchen eingeladen hat. Circa 60 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt. Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Bezirksbürgermeister Herrn Görtz wurde das Projekt durch die Fachverwaltung vorgestellt, die Präsentation ist dieser Mitteilung beigelegt (**Anlage 1**).

In der Sitzung am 03.05.2021 (AN/0041/2021) hatte die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossen, diese Bürgerbeteiligung als Präsenzveranstaltung durchzuführen, um ein Meinungsbild der Bürger und Bürgerinnen zu einer möglichen Umgestaltung der Vorgebirgsstraße auf dem Abschnitt zwischen dem „Gürtel“ und der Straße „Am Vorgebirgstor“ einzuholen. Hintergrund ist die Idee, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität an der Vorgebirgsstraße die Fahrbahn um eine Kfz-Spur je Richtung zu reduzieren.

Die Vorgebirgsstraße wurde vor etwa zehn Jahren saniert. Hierbei wurden bereits vorgezogene Haltelinien für den Radverkehr berücksichtigt. Auf eine Markierung der Mittellinie wurde indes verzichtet. Die Vorgebirgsstraße wird aktuell zweispurig vom Kfz-Verkehr genutzt. Für den Radverkehr gibt es ansonsten keine Infrastruktur. Der zu untersuchende Bereich der Vorgebirgsstraße ist ca. 1,2 km lang und Teil des gelben Netzes des Radverkehrskonzepts Rodenkirchen, welches die Bezirksvertretung am 03.05.2022 beschlossen hat (AN1209/2022).

Eine verkehrliche Untersuchung hat gezeigt, dass eine Reduzierung der Fahrspuren auf eine pro Richtung auf der Vorgebirgsstraße in diesem Bereich aufgrund der Verkehrsbelastung möglich ist. Durch die Einspurigkeit wird eine Reduzierung der Kfz-Fahrgeschwindigkeit erreicht, wodurch die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen erhöht wird.

Auf der Bürgersammlung am 20.06.2022 in der Europaschule wurden zwei mögliche Varianten für eine Umgestaltung vorgestellt:

- Umwandlung rechte Fahrspur in einen Längsparkstreifen und Umordnung des Parkens in der Mittelallee von Schräg- in Längsparken: „**Variante Parkstreifen**“;
- Markierung eines Schutzstreifens auf der rechten Fahrspur unter Beibehaltung der Parksituation in der Mittelallee: „**Variante Fahrradschutzstreifen**“.

Bei der **Variante „Parkstreifen“** entfällt die rechte Fahrspur für den fließenden Verkehr. Der gewonnene Raum kann zum Parken in Längsparkständen genutzt werden und das Parken auf der Mittelallee soll, wie ursprünglich vorgesehen, wieder in Längsparkständen erfolgen. Dadurch ist eine Entsiegelung der Mittelallee möglich. Durch die Umorganisation des Parkens auf der Mittelinsel fallen rund 250 Stellplätze auf der Mittelinsel weg. Dafür wird rund die gleiche Anzahl an Parkständen auf dem rechten Fahrstreifen permanent geschaffen.

Argumente für die Variante Parkstreifen:

- Die Mittelallee würde entsiegelt werden, dadurch würde das Mikroklima verbessert.
- Es würden keine Parkplätze verloren gehen.

Argumente dagegen:

- Der Radverkehr würde nicht verbessert werden.
- Es bestünde ein hohes Gefahrenpotenzial wegen der sog. Doorzone (unachtsames Öffnen der Autotür nach dem Parkvorgang).
- Radfahrende müssten auf der Fahrbahn ohne eigene Radverkehrsinfrastruktur fahren, und das Überholen von Radfahrenden durch KFZ ist bei der Fahrbahnbreite von 4,25 m nicht möglich.

Bei der **Variante „Fahrradschutzstreifen“** würde die rechte Fahrspur in einen Fahrradschutzstreifen umgewandelt werden. Das Schrägparken auf der Mittelinsel bliebe erhalten.

Argumente dafür:

- Es würde eine Radverkehrsinfrastruktur auf der Radachse Vorgebirgsstraße-Ulrichgasse geschaffen.
- Die Verkehrssicherheit und Attraktivität für Radfahrende würde spürbar erhöht.

Argumente dagegen:

- Es entstünden geringe Parkplatzverluste durch den Entfall des temporären Parkens auf der rechten Fahrspur.

Im Anschluss an die Präsentation wurde diese beiden Varianten an Schautafeln mit den ca. 60 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und es wurden Wünsche und Anregungen dazu aufgenommen (**Anlage 2 bis 4**)

Dabei wurde vielfach der Wunsch nach dringendem Umgestaltungsbedarf auf der Vorgebirgsstraße geäußert. Auch ein Tempolimit von 30 km/h wurde von mehreren Teilnehmenden sehr begrüßt.

Von der teilnehmenden Bürger*innen wurden in diesem Straßenraum insbesondere die zu hohen Kfz-Geschwindigkeiten und fehlende Radinfrastruktur bemängelt.

Zum Thema „Parken“ wurde auch der Wunsch geäußert, die Anzahl der Stellplätze zu erhalten. Zudem wurde gefordert, die das kostenlosen Parken im öffentlichen Raum abzuschaffen.

Des Weiteren wurden angeregt, dass bei den Planungen E-Ladestationen für Pkw und Fahrräder, Fahrradabstellanlagen, sowie Car-Sharing Flächen mitberücksichtigt werden sollen.

Fazit:

Der Grundtenor der Veranstaltung war, dass bei den Anwesenden grundsätzlich eine deutliche Mehrheit für eine Umgestaltung mit Wegnahme einer Kfz-Spur auf der Vorgebirgsstraße zur Verbesserung der Wohnqualität und der Verkehrssicherheit vorhanden ist. Vorzugsvariante an diesem Abend ist die Einrichtung einer Radverkehrsanlage in Form eines Schutzstreifens zu Lasten einer Kfz-Spur.

Anlagen

Anlage 1_Präsentation

Anlage 2_Variante Fahrradstreifen Foto Stellwand

Anlage 3_Parkstreifen Foto 1 Stellwand

